

Wirtschaftspolitische Positionen der IHK-Organisation 2017

FAIRE SPIELREGELN: Notwendiges regeln, Handlungsfreiheit erhalten

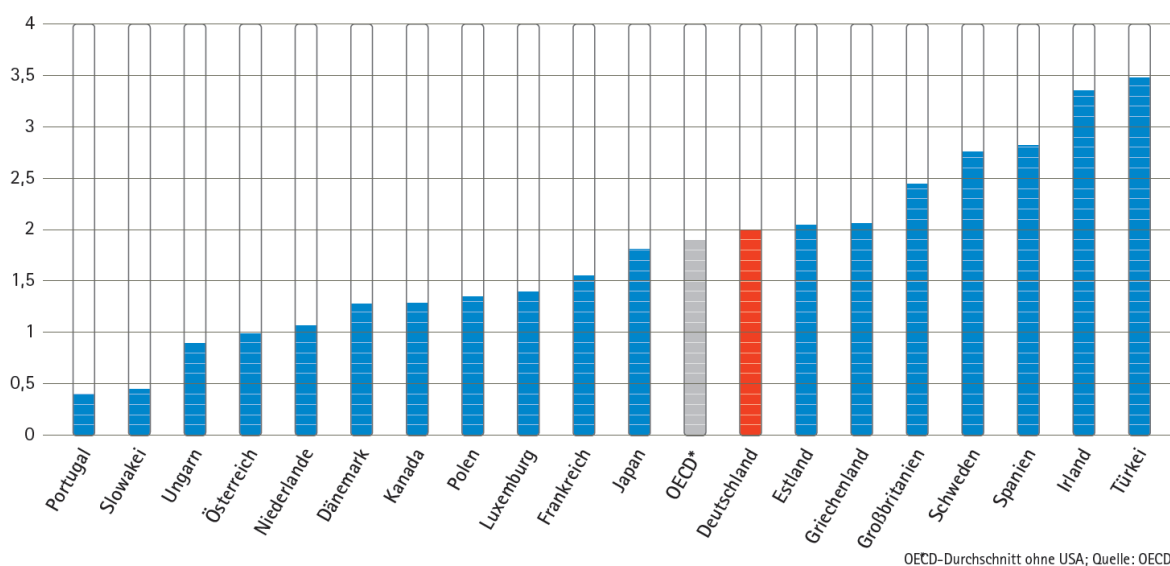
Die wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation (WiPos) zeigen der Politik konkrete Handlungsfelder für eine gute Wirtschaftspolitik auf. Die WiPos geben die abgestimmte Meinung der IHKs und deren Mitglieder wieder. Sie wurden am 30. März 2017 von der DIHK-Vollversammlung beschlossen.

Faire Spielregeln: Notwendiges regeln, Handlungsfreiheit erhalten

Die Grundprinzipien unserer Rechts- und Wirtschaftsordnung wie Vertragsfreiheit, Gewerbefreiheit, Privateigentum und offene Märkte bilden die Basis unseres wirtschaftlichen Erfolgs und sollten erhalten bleiben. Das Leitbild des Ehrbaren Kaufmanns bietet Unternehmen eine Richtschnur für ihr Handeln. Werden negative Einzelfälle von fragwürdigem Verhalten als Maßstab genommen, droht Überregulierung. Es ist auch im Interesse der Politik, das Bild des Ehrbaren Kaufmanns zu stärken. Denn ein besseres Image trägt dazu bei, dass junge Menschen Unternehmer werden wollen.

Komplexität von Marktregulierungen

Indexskala von 0 bis 6 vom geringsten bis zum höchsten Restriktionsgrad



Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Internationale wirtschaftliche Integration voranbringen
- Vertragsfreiheit stärken
- Gewerbefreiheit stärken
- Rechtssicherheit in der digitalen Welt herstellen

Internationale wirtschaftliche Integration voranbringen

Protektionismus beeinträchtigt Handel: Eine Ausweitung des internationalen Handels sorgt für zusätzliche Absatzmöglichkeiten beim Export und mehr Auswahlmöglichkeiten beim Import für Unternehmen. Offene Märkte sind für die deutsche Wirtschaft von großer Bedeutung. Um Zukunftschancen zu ergreifen, ist ein Abbau von Handelshemmnissen wichtig. Seit der Finanzkrise schränken immer mehr protektionistische Maßnahmen den Handel ein.

Was zu tun ist: Offene Märkte geben Unternehmen wirtschaftliche Chancen. Die Bundesregierung sollte daher gemeinsam mit der EU protektionistischen Maßnahmen auf globaler Ebene entgegenwirken. Eine Liberalisierung erfolgt am besten über die Welthandelsorganisation (WTO), da in diesem Rahmen getroffene Vereinbarungen weltweit gelten, ergänzt durch regionale oder bilaterale Abkommen mit Vorreiterrolle, wie zum Beispiel das EU-Kanada-Abkommen CETA. Aktuell noch bestehende Handelsbeschränkungen und protektionistische Maßnahmen innerhalb der EU sollten ebenfalls konsequent abgebaut werden.

Vertragsfreiheit stärken

Einschnitte in Vertragsfreiheit: Die Vertragsfreiheit der Unternehmer wird derzeit an vielen Stellen zusätzlich eingeschränkt. Die Betriebe bemerken dies besonders bei Regelungen zum Verbraucherschutz und durch neue Berichtspflichten, z. B. in Bezug auf gesellschaftliche Verantwortung. Auch die Diskussionen zum Verbot regionaler Sperrung von Internetinhalten z. B. durch Handelsplattformen (Geoblocking) oder zur eingeschränkten Verwendung von Bargeld verweisen auf mögliche neue Beschränkungen unternehmerischen Handelns. Restriktive Regelungen zum Verbraucherschutz werden auf die Geschäftstätigkeit zwischen Unternehmen übertragen.

Was zu tun ist: Eine Beschränkung der Vertragsfreiheit erfordert die Prüfung, ob diese Beschränkung einen legitimen Zweck hat, notwendig ist und ob sie verhältnismäßig ist. So sehen viele Unternehmen die diskutierte Bargeld-Beschränkung als unnötigen Eingriff in ihre Handlungsfreiheit. Denn es ist nicht klar, ob ein Bargeldverbot Geldwäsche in nennenswertem Ausmaß verhindert. Der mündige Verbraucher als Kunde der Wirtschaft sowie der ehrbare Kaufmann sollten wieder Leitbild der Politik sein; die Vertragsfreiheit zwischen Unternehmen und ihren Kunden sollte gerade bei der Verbraucherpolitik wieder an Bedeutung gewinnen.

Gewerbefreiheit stärken

Gewerbefreiheit zunehmend beschränkt: Neue oder erweiterte Berufszugangs- und Berufsausübungsregeln – wie aktuell bei Versicherungsvermittlern – engen die Gewerbefreiheit ein, z. B. durch Erlaubnis-, Register- und insbesondere zahlreiche Informationspflichten. Begründet wird dies häufig mit dem Gemeinwohl, die Einschränkungen nutzen vielfach jedoch nur einzelnen Betroffenen oder kleineren Gruppen. Die Öffnung des Marktes für Fernbusverkehrs hat eindrucksvoll bewiesen, welche Impulse für wirtschaftliche Dynamik von einer Deregulierung ausgehen können.

Was zu tun ist: Vor jeder Regulierung sollte die Politik prüfen, ob die neue Vorschrift in Bezug auf das Ziel geeignet, erforderlich und angemessen ist. Insbesondere gilt das für die Einführung weiterer Berufszugangs- und -ausübungsregelungen. Chancen zur Vereinfachung von Behördenkontakten und Verwaltungsverfahren sollten konsequent genutzt werden, z. B. durch den Einheitlichen Ansprechpartner; notwendige Neuregelungen sollten möglichst durch einen Abbau von Regelungen an anderer Stelle („One in, one out“) kompensiert werden.

Rechtssicherheit in der digitalen Welt herstellen

Alte Regeln für neue digitale Geschäftsmodelle: Das gegenwärtige Recht ist nicht ausreichend auf neue Geschäftsmodelle durch Internet und digitale Medien ausgerichtet, z. B. im Bereich „Share Economy“. Vor allem das Urheberrecht, das Kartellrecht und das Vertragsrecht benötigen Anpassungen an die digitale Welt.

Was zu tun ist: Der grenzüberschreitenden, häufig auch gewerblichen Nutzung des Internets werden weltweite, zumindest aber europaweite, Regelungen am besten gerecht. Das gilt vor allem im Urheber- und Vertragsrecht in Form neuer, standardisierter Lizenzmodelle. Die Regeln müssen rechtssicher, unkompliziert und geeignet sein, Rechtsmissbrauch zu verhindern, aber auch die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle ermöglichen. Die Entwicklung und Implementierung von IT-Standards sollte konsequent vorangebracht werden, um Unternehmen mehr Planungssicherheit zu geben. Bei Internet-Plattformen sollte der Gesetzgeber auf den Erhalt von Wettbewerb und in der Datenökonomie (Big Data) auf effektiven Datenschutz achten. Geltendes Recht sollte auch in der „Share Economy“ durchgesetzt werden.

Die IHK-Organisation trägt hierzu bei unter anderem durch:

- Praxisnahe Vorschläge und Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen
- Frühzeitiges Hinweisen auf Folgewirkungen von neuen Regulierungen.
- Werben dafür, dass die Unternehmen aus eigener Überzeugung das Leitbild des Ehrbaren Kaufmanns übernehmen, fortentwickeln und leben.